



IWF mit düsteren Aussichten

Description

Der IWF hält nach seinem gestern veröffentlichten Weltwirtschaftsausblick eine nachhaltige Krise für möglich.

Nach Untersuchungen des IWF haben sich Konjunkturaussichten seit Ende Juli deutlich verschlechtert. Für 2011 und 2012 wird nur noch ein Weltwirtschaftswachstum von je 4% erwartet (2009 -0,7%; 2010 +5,1%), klar unter der Prognose aus Juni.

Die Industriestaaten sollen 2011 nur noch um 1,6% und 2012 um 1,9% wachsen (2009: -3,7%; 2010 3,1%). Die USA werden um 1,5% in 2011 und in 2012 um 1,8% wachsen (2009 -3,5%; 2010: +3%), eine Revision um fast ein Prozent gegenüber dem Frühjahr. Deutschland wird bei plus 1,3% in 2012 prognostiziert, nach 2,7% in diesem Jahr und 3,6% in 2010.

Der IWF prognostiziert für Italien in diesem Jahr ein Wachstum von 0,6%, nächstes Jahr soll es auf 0,3% sinken. Die drittgrößte Wirtschaftsnation der Eurozone könnte damit zu ihrer größten Belastung werden. Das Land hat zudem nach Griechenland die zweithöchste Schuldenquote. Der IWF sieht hier große Risiken für die gesamte Weltwirtschaft.

Aufgrund der kräftig gestiegenen Risiken ruft der IWF die Zentralbanken zu Hilfe. Die EZB soll weiter Staatsanleihen von Schuldenstaaten der Eurozone kaufen. Außerdem soll sie ggfs. die Leitzinsen senken. Die Fed soll weitere „unkonventionelle Unterstützung“ gewähren – gerade rechtzeitig vor der heutigen Bekanntgabe des FOMC-Treffens der Fed. Gemeinhin wird „Operation Twist“ erwartet, um die sowieso schon im Bereich von Allzeittiefs liegenden langfristigen Zinsen tief zu halten.

Gleichzeitig bereiten die niedrigen Kapitalmarktzinsen vielen Versicherern Probleme. In den Schwellenländern sorgt der hohe Kapitalzufluss hingegen für konjunkturelle Überhitzung.

Der IWF schreibt, durch die Zweifel der Märkte an der Kompetenz, bzw. dem mangelnden Konsens der Regierungen der Industrieländer sei ein Teufelskreis entstanden. Die Skepsis vor allem gegenüber europäischen Staatsanleihen nähere Zweifel an den Banken. Diese hielten nun Liquidität vor und schränkten die Kreditvergabe ein. Vor allem in Europa müssten zahlreiche Banken rekapitalisiert werden, zur Not auch mit öffentlichen Geldern. Im Vorfeld des Berichts hatte der IWF einen Betrag von insgesamt 200 Mrd. Euro genannt. Dies wird im aktuellen „global financial stability report“ bestätigt; es sei das direkte Resultat der Schuldenkrise, heißt es. Die Schätzung erfolgte auf der Grundlage von CDS-Spreads. Die europ. Regierungen bestreiten dieses Ausmaß.

Es müsse eine glaubwürdige Sparpolitik her, die das Wirtschaftswachstum nicht abwürgt. Der IWF fordert von Deutschland, die Konjunktur zu stützen; es soll weniger gespart werden als geplant. Die USA müssten Sparpläne entwickeln, um ihr Handelsbilanzdefizit zu reduzieren. China soll den Binnenkonsum stärken und Exportüberschüsse abbauen.



Die Position deutscher Notenbanker widerspricht den IWF-Vorschlägen. Bundesbankpräsident Weidmann lehnt das SMP-Programm der EZB ab, das den Kauf von Anleihen notleidender Euro-Staaten vorsieht. Wie Eurointelligence berichtet, soll Weidmann sogar ein (nicht mehr ganz so geheimes) Geheimgespräch mit Zentralbankern anderer Eurozonen-Länder anstreben, die ebenfalls auf seiner Linie liegen. Dabei sein soll u.a. Luxemburg und die Niederlande.

Befürworter sehen hingegen (nach der Unfähigkeit der Brüsseler Politik) in der EZB die einzige Kraft innerhalb der Eurozone, die den Zusammenbruch des Währungsraums verhindern kann.